durch den Straftatbestand der Tierquälerei durch Unterlassen (§ 17 Nr. 2b TierSchG i. V. m. § 13 StGB)²⁴ verdrängt.²⁵ Dass die Filmaufnahmen primär zwecks Information der Öffentlichkeit gefertigt wurden, steht dem Anliegen, tierschutzwidrige Zustände schnellstmöglich zu unterbinden, nicht entgegen: In der Regel ist die Information der Öffentlichkeit über die Missstände in den Massentierstallungen notwendig, um die Veterinärbehörden überhaupt zum Einschreiten zu bewegen.²⁶ In vielen vergleichbaren Fällen hatten Tierschutzaktivisten vor dem Eindringen in die Ställe und der Fertigung von Filmaufnahmen als letztem Mittel wiederholt vergeblich versucht, die Behörden durch Anzeigen zur Erfüllung ihrer Überwachungspflichten nach § 16 TierSchG zu bewegen. Die Strafjustiz hat in diesen Fällen stets zugunsten der Tierschützer rechtfertigenden Notstand angenommen.²⁷

4. Ausblick

Dass die Veröffentlichung potentiell illegaler Zustände selbst unter der Prämisse rechtswidrig erlangter Informationen vom Schutz der Meinungsfreiheit umfasst ist, hat der BGH unmissverständlich entschieden. Das Urteil ist auch aus rechtspolitischen Gründen zu begrüßen: Sollte nämlich der Gesetzgeber im Interesse der Agrarindustrie Sonderstatbestände schaffen, damit ‚Stalleinbrüche‘ zukünftig ent-

gegen bisherig tradierter Rechtfertigungsmaximen strafbewährt werden,²⁸ wären legitime Informationsbelange hierdurch nicht vereitelt: Regierung und Industrie müssten weiterhin damit rechnen, dass potentiell wirtschaftlich motivierter Rechtsbruch²⁹ der Öffentlichkeit nicht verborgen bleibt.

24) Zur Garantenstellung des Tierhalters aufgrund gesetzlicher Pflichten s. § 2 TierSchG.

25) *Lorz/Metzger*, Tierschutzgesetz, 6. Aufl. 2008, § 17 Rdnr. 25.

26) Zu den chronischen Vollzugsdefiziten auf dem Gebiet der Massentierhaltung *Heckendorf*, *Arme Schweine*, *Die Zeit* v. 7. 6. 2018 S. 27.

27) Instrukativ OVG Naumburg, Urt. v. 22. 2. 2018 – 2 Rv 157/17; ebenso die Vorinstanzen.

28) S. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD i. d. F. v. 7. 2. 2018, Abschnitt VI.5, S. 87, Z. 4028: ‚Wir wollen Einbrüche in Tierställe als Straftatbestand effektiv ahnden.‘ Kritisch hierzu nahezu das gesamte seriöse Schrifttum, s. etwa *Müller*, Strafrechtsreform der GroKo auf Abwegen, abrufbar unter <https://community.beck.de/> 2018/03/06/strafrechtsreform-der-groko-auf-abwegen-stalleinbruch-als-sonderstatbestand; *Kubicel*, Sonderstrafrecht für Einbrüche in Tierställe? Abrufbar unter <https://www.juris.de/jportal/portal/page/homerl.phtml?nid=jpr-NLS-FADG000718&cmsuri=%2Fjuris%2Fde%2Fnachrichten%2Fzeitgenachricht.jsp>.

29) Instrukativ hierzu *Bülte*, GA 2018, 35 ff.

BUCHBESPRECHUNGEN

<https://doi.org/10.1007/s10357-018-3409-z>

EnWG

Elspas/Graßmann/Rasbach, 2018, Berlin, Erich Schmidt Verlag, ISBN: 978-3-503-17648-9, LVII, 2499 S., 284,- €

Elspas, Graßmann und Rasbach legen einen sehr ausführlichen und solide gearbeiteten Großkommentar zum EnWG vor, der es mit den bereits bestehenden Werken (insbes. von *Britz/Hellermann/Hermes, Daner/Theobald, Kment und Säcker*) in vollem Umfang aufnehmen kann. 66 Autoren aus Wissenschaft und Praxis tragen ihr Wissen und ihre Spezialisierung zusammen, um ein fundiertes Gesamtwerk zu präsentieren, das seinen Weg machen wird. Für die nächste Auflage wäre es sehr hilfreich, ein Autorenverzeichnis aufzunehmen, um die nähere Funktion und Herkunft der Bearbeiter sowie die Paragraphenzuordnung auf den ersten Blick erschließen zu können. So viel ist direkt am Anfang ersichtlich: Die Herausgeber sind bekannte Rechtsanwälte und es sind so prominente Wissenschaftler aus dem Energierecht wie Markus Ludwigs aus Würzburg und Matthias Knauff aus Jena an Bord.

Für § 1 EnWG legt *Ludwigs* ein solides Fundament im Hinblick auf die fünf wesentlichen energiewirtschaftlichen Grundsätze in Gestalt des „magischen Fünfecks“ (*Säcker/Timmermann*) einer möglichst sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen Versorgung. Es erfolgt nicht etwa eine Erweiterung der Zweckbestimmung durch den letzten Halbsatz in § 1 Abs. 1 EnWG, wonach die Versorgung zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht. Indes ist für das genannte Zielfünfeck verstärkt auf erneuerbare Energien zurückzugreifen (§ 1 Rdnr. 42 a. E.). Dadurch erfolgt eine Prägung des Energiewirtschaftsrechts durch Ökostrom. Dessen Gerüst richtet sich indes nach dem EEG und den dort aufgestellten Prinzipien.

Bei verschiedenen Zielen ist regelmäßig die Gewichtung zu klären. Da es in § 1 EnWG auch um die umweltverträgliche Versorgung

mit Energie geht, stellt sich gerade für den Umweltrechtler wie auch an anderer Stelle die Frage des Vorrangs der ökologischen Aspekte. *Ludwigs* betont zu Recht deren Gleichrangigkeit. Weder die Versorgungssicherheit noch Umweltschutzgesichtspunkte besitzen einen abstrakten Vorrang bzw. ein besonderes Gewicht, sondern sind als a priori gleichgewichtig in der konkreten Situation miteinander abzuwägen und in Einklang zu bringen (§ 1 Rdnr. 12 f.). Auch in anderen Gesetzeswerken geht es um die Frage eines abstrakten Vorrangs der fachspezifischen Belange einerseits und des Umweltschutzes andererseits – so auch im Bergrecht und im Unionsrecht, für welches von deutscher Seite immer wieder ein Vorrang oder zumindest ein verstärktes Gewicht des Umweltschutzes vertreten wird. Auch dort ist ein solcher genereller Vorrang wegen des vertraglichen Gleichrangs der divergierenden Belange abzulehnen. Daher könnte ihn auch der nationale Gesetzgeber im Energierecht nicht festlegen, wie *Ludwigs* zu Recht betont; vielmehr greift dann das Gebot der richtlinienkonformen Auslegung nationalen Rechts, woraus sich auch der Gleichrang des Wettbewerbsziels ergibt (§ 1 Rdnr. 13 a. E.).

Im Kommentar bereits enthalten ist der gesetzgeberische „Umbau“ aus den Jahren 2016/2017. Die Stilllegung von Anlagen ist mit ihren zahlreichen Neuerungen umfassend kommentiert, ebenso die neu eingeführte Netzreserve (§ 13d EnWG), die zu unterscheiden ist von der Kapazitätsreserve (§ 13e EnWG, *Ehring/Schanko*), der Sicherheitsbereitschaft von Braunkohlekraftwerken (§ 13g EnWG, *Ehring/Schanko*), dem Einsatz von Netzstabilitätsanlagen (§ 11 Abs. 3, *Rauch*) und der Regel- und Ausgleichsenergie (§§ 22, 23, *Ehring*). Das Beihilferecht wird für die Kapazitätsreserve näher erläutert. Eine tiefere beihilferechtliche Bewertung wäre aber auch für die Frage der Vergütung der in die Sicherheitsbereitschaft überführten Kohlekraftwerke angezeigt gewesen. Die im Übrigen sehr detailliert bearbeitete Stilllegung von Braunkohlenkraftwerken nach § 13g EnWG muss womöglich im Zuge eines neuen Klimaschutzgesetzes zum früheren Ausstieg aus der Kohleverstromung wieder neu bearbeitet werden.

Das Energiewirtschaftsrecht steht nicht still. Umso wertvoller ist der jetzt publizierte Kommentar von *Elspas, Graßmann und Rasbach*, der den aktuellen Rechtsstand anschaulich und präzise aufzeigt. Dabei werden auch die wichtigsten Verordnungen wiedergegeben und kurz kommentiert – eine große Hilfe für die Praxis. Insbesondere ihr kann der Kommentar empfohlen werden.

Prof. Dr. Walter Frenz,
RWTH Aachen University,
Aachen, Deutschland